

2011-11-29

# Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4  
06844 Dessau-Roßlau  
Tel.: 0340/2040



## Niederschrift

über die  
**Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**  
am 24.11.2011

**Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr**  
**Sitzungsende: 20:25 Uhr**  
**Sitzungsort: Grundschule "Hugo Junkers"**  
**Kleinkühnau, Hauptstraße 200,**  
**06846 Dessau-Roßlau**

**Vorsitz des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**

**Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau**  
Schönemann, Ralf

**Fraktion der CDU**  
Trocha, Harald  
Gebhardt, Roland

Anwesend bis TOP 4

**Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau**  
Krüger, Otto-Harald

**Fraktion der SPD**  
Dreibrodt, Hans-Peter

**Fraktion Pro Dessau-Roßlau**  
Kleinschmidt, Wilhelm

Vertreter für Herrn Otto

**Fraktion Bürgerliste / DIE GRÜNEN**  
Grabner, Isolde

Vertreterin für Herrn Busch

**Fraktion der FDP**  
Neubert, Jürgen Dr.

Abwesend zu TOP 5

Siehe Anwesenheitsliste (Anlage)

## Öffentliche Tagesordnungspunkte

### 1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Nach der Begrüßung durch **Frau Tauer, Direktorin der Grundschule „Hugo Junkers“**, stellte **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, die form- und fristgerechte Ladung und Ausreichung der Unterlagen zur heutigen Sitzung sowie - mit 8 stimmberechtigten Stadträten - die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

### 2. **Beschlussfassung der Tagesordnung**

Zur ausgereichten Tagesordnung wurde durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, aufgrund der themenbezogen anwesenden Gäste vorgeschlagen, die Tagesordnungspunkte 6.1 „Aufstellungsbeschluss zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 60 „Altenpflegeheim am Schillerplatz““ und 6.4 „Hagenbreite – Maßnahmebeschluss“ zu Beginn der Sitzung zu beraten und den Rundgang durch die Kinder-einrichtung Pustebume im Anschluss durchzuführen. Er stellte die Tagesordnung in der geänderten Form zur Abstimmung.

#### Abstimmungsergebnis:

**8 : 0 : 0**

Die Tagesordnung wurde geändert und einstimmig bestätigt.

### 3. **Öffentliche Beschlussfassungen**

#### 3.1. **Aufstellungsbeschluss zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 60 "Altenpflegeheim am Schillerplatz"**

(Wiedervorlage aus der Sitzung vom 01.09.2011)

**Vorlage: DR/BV/112/2011/VI-61**

**Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege**, verwies in ihrer Einführung auf die Behandlung der Vorlage im BauA, die anschließende Verweisung durch den Stadtrat sowie die am 14.09.11 durchgeführte Vorort-Begehung mit dem Vorhabenträger, Anwohnern, Stadträten und Vertretern des Ortschaftsrates Roßlau. Im Weiteren erfolgte eine Überarbeitung der Planung, die im folgenden Bauleitplanverfahren optimiert werde. Mit dem heutigen Beschluss setze man dieses Verfahren in Gang und bearbeite den Vorentwurf für das Vorhaben.

Durch **Herrn Dane, Vorstandsvorsitzender des Saarländischen Schwesternverbands**, wurden zu Beginn Informationen zum Unternehmen und den Einrichtungen in Roßlau gegeben. Er erläuterte den Grund der Antragstellung zum Bauleitplanverfahren als Teilersatzneubau für die Einrichtung in der Waldstraße. Ein weiterer Teilersatzbau sei für den Standort Dessau vorgesehen, um in der Summe die in der Waldstraße vorhandenen Pflegeplätze vollständig zu ersetzen. Nach Verweis auf die einzelnen Planungsstufen im bisherigen Verfahren, erläuterte Herr Dane die in der Planungsstudie 3 vorgenommenen Korrekturen hinsichtlich der städtebaulichen Einordnung des Baukörpers und der möglichen Randbebauung im Bereich Schillerplatz. Eine detaillierte Planung können man erst nach Einleitung des Bauleitplanverfahrens vorlegen, da erst dann entsprechende Planungssicherheit Zug um Zug geschaffen werde. In diesem Verfahren seien weitere Details der Planung abzustimmen. Als Alternativen zur Beschlussfassung

stunden eine Standortsuche in Dessau-Roßlau und darüber hinaus sowie die Aufgabe des Ersatzbauvorhaben.

Die in der Vergangenheit geforderte Anpassung der Planung habe man nunmehr erreicht, so **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, wobei nach wie vor Handlungsbedarf bestehe, die Planung weiter zu optimieren. Die vorgelegten Unterlagen seien als beschlussreif zu bezeichnen. Für das weitere Planverfahren beschrieb er als Kriterien:

- die Optimierung der Lage des Baukörpers,
- die Entscheidungsfindung hinsichtlich der Errichtung eines Baukörpers im Bereich Schillerplatz,
- die Ausrichtung des Gebäudes und des Haupteingangs,
- die Abstände zu den Nachbargebäuden sowie
- die Beschränkung der Platzanzahl der Einrichtung wie in der Vorlage beschrieben bzw. deren Reduzierung.

Auf Nachfrage von **Herrn Trocha, Fraktion der CDU**, warum man nicht eine gemeinsame Sitzung mit dem am gleichen Tage tagenden Ortschaftsrat Roßlau vorgesehen habe, erklärte **Herr Schönemann**, dass der Sitzungsort der heutigen Beratung seit längerem geplant war. Darüber hinaus seien Vertreter des Ortschaftsrates anwesend und können ihr Votum zum Vorhaben einbringen.

Dass sich seit der letzten Sitzung an den Planungsunterlagen nichts Wesentliches geändert habe, wurde durch **Herrn Dreibrodt, Fraktion der SPD**, erklärt. Die Ergänzungen zum Antrag zur Aufstellung des Planverfahrens stellen jede Änderung der Planung unter den Vorbehalt der Wirtschaftlichkeit und Vertretbarkeit für das Unternehmen. Unverständlich sei, dass vor dem Grunderwerb zur Klärung der Bebaubarkeit des Grundstücks keine Bauvoranfrage gestellt wurde. Dem Vorschlag des Vorhabenträgers, das Alternativgrundstück in der Feldstraße kleinteilig zu bebauen, sei entgegengesetzt die kleinteilige Bebauung am Schillerplatz vorzunehmen und den großen Baukörper in der Feldstraße zu errichten.

Mit Verweis auf eine Plandarstellung von den gesellschaftlichen Einrichtungen in der Nähe der beiden zur Diskussion stehenden Standorte, belegte **Frau Jahn** die Zentralität des Standorts Schillerplatz gegenüber der Feldstraße.

Man plane, eine Einrichtung zur vollstationären Pflege zu errichten und keine Seniorenresidenz, so **Herr Dreibrodt**. Dementsprechend könne man nicht von einer Mobilität der Bewohner außerhalb der Einrichtung ausgehen und die Argumente hinsichtlich der Zentralität seien nicht schlüssig. Weitere Schwierigkeiten berge der Standort Schillerplatz in Bezug auf die Feuerwehrumfahrung und die Anordnung der notwendigen Stellplätze.

Das von Herrn Dreibrodt angesprochene Thema Wirtschaftlichkeit der Einrichtung bezeichnete **Herr Dane** als Grundvoraussetzung für jede Investition. Zu den Anpassungen der Planung seien in diesem Zusammenhang keine zu hohen Erwartungshaltung zu wecken. Die Mobilität der Bewohner bezeichnete er als eingeschränkt, die Fortbewegung mit Hilfe sei jedoch durchaus gegeben. Auch am Standort Feldstraße sei mit Einwendungen der Anwohner zu rechnen, sollte man dort einen großen Baukörper ansiedeln wollen.

Hinsichtlich der Qualität des Baus und dessen Funktion sei die Zentralität im Herzen von Roßlau der entscheidende Aspekt, so **Herr Dr. Neubert, Fraktion der FDP**. Neben der Akzeptanz sei es ebenso Voraussetzung für die notwendige Auslastung und Wirtschaftlichkeit der Einrichtung. Die Zentralität sei darüber hinaus von hoher Bedeutung für die Besucher und die Kontakte der Bewohner. Er verwies darauf, dass sich drei Roßlauer Pastoren für den Standort Schillerplatz ausgesprochen hätten. Dem Vorhabenträger sei er dankbar für die Überarbeitung der Pla-

nung und votiere für die Beschlussfassung. Falls die Einrichtung verloren ginge, wäre dies ein erheblicher Verlust für die Stadt.

Nachdem **Frau Grabner, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, die Meinung des Ortschaftsrates sowie eventuelle Widerstände in der Bürgerschaft hinterfragt hatte, befürwortete **Frau Müller, Ortsbürgermeisterin Roßlau**, das Votum von Herrn Dr. Neubert. Die Argumente von Herrn Dreibrodts zum Standortvergleich und der Mobilität der Bewohner seien widerlegbar. Zu den Widersprüchen aus der Bevölkerung verwies sie auf Listen mit 121 Unterschriften, darunter auch Bürger aus Meinsdorf und Begründungen, die teilweise nicht nachvollziehbar seien. Mittlerweile seien auch Rücktritte von den Einwendungen vorgenommen wurden. Die seitens des Vorhabenträgers vorgenommenen Planungsänderungen seien zu befürworten. Auch für die Beratung des Ortschaftsrates am heutigen Tage gehe sie von einem positiven Votum aus.

Die Frage von **Herrn Schönemann**, ob im Ortschaftsrat eine Anhörung mit den Einwendern im offenen Dialog geführt wurde, verneinte **Frau Müller**. Diese Diskussion sei im weiteren Planungsverfahren vorgesehen.

Dem **Antrag** von **Herrn Dreibrodts**, ebenso Vertreter der betroffenen Bürger anzuhören wurde nach mehrheitlicher Zustimmung (7-0-1) entsprochen.

Bestürzt äußerte sich **Herr Griebisch, Vertreter der Anwohner**, hinsichtlich der Behauptung von Frau Müller, dass Bürger von ihren Widersprüchen zurückgetreten seien. Trotz der vorgenommenen Planänderungen befinde man sich mit dem Vorhaben weiterhin in der Ruhezone hinter der bestehenden Bebauung. Die künftige Stellplatzsituation sei äußerst problematisch, eine Mobilität der Bewohner sei nicht gegeben. Negativ sei zu werten, dass seitens des Ortschaftsrates keine Gesprächsführung mit den Anwohnern gesucht wurde.

Eine weitere Vertreterin der betroffenen Bürger verwies auf die Lage des Grundstücks im Sanierungsgebiet Altstadt Roßlau und die nötige Angleichung des Vorhabens an die bestehenden Baumassen. Die Anwohner seien mehrheitlich gegen die Errichtung am geplanten Standort.

Den Vorwurf des Herrn Griebisch zurückweisend, erklärte **Frau Müller**, dass Gespräche durch den Ortschaftsrat geführt worden und keine bewusste Zurückweisung der Diskussionen erfolgte.

Durch **Herrn Dreibrodts** wurde aus der Unterlage des Vorhabenträgers zitiert, dass der Standort Feldstraße für kleinteilige Bebauung am geeignetsten sei. Hierzu habe er eine andere Meinung, da der Standort Schillerplatz dafür geeigneter sei. Zentralität sei nicht das oberste Gebot in der Entscheidungsfindung, sondern die städtebauliche Einordnung in die bestehende Bebauung.

Da man zum gleichen Sachverhalt eine unterschiedliche Auffassung vertrete, sei eine demokratische Abwägung herbei zu führen, so **Herr Dr. Neubert**. Das dafür vorgesehene Verfahren sei nun in Gang zu setzen. Dem Investor stehe darüber hinaus das demokratische Recht zu, dass das Verfahren eingeleitet werde.

**Herr Dreibrodts** warnte abschließend mit Verweis auf das Bauleitplanverfahren für eine Biogasanlage in der Lukoer Straße vor dieser Entscheidung. Auch hierbei seien im bisherigen Verfahren lediglich geringe Änderungen möglich gewesen.

Mit den eingangs erläuterten Kriterien für die Optimierung der Planungen stellte **Herr Schönemann** die Beschlussvorlage zur Abstimmung

#### **Abstimmungsergebnis:**

**4 : 3 : 1**

Die Beschlussvorschläge wurden ungeändert mehrheitlich bestätigt.

### 3.2. Hagenbreite - Maßnahmebeschluss - Vorlage: DR/BV/467/2010/VI-66

**Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamts**, verwies einleitend auf den Ausgangspunkt der Planungen und die damit verbundene Aufgabenstellung. Nachdem der erste Lösungsansatz als zu teuer eingeschätzt wurde, sei entsprechend des Arbeitsauftrags aus dem Bauausschuss gemeinsam mit den Bürgern eine neue Lösung erarbeitet worden. Nunmehr habe auch diese Lösung keine mehrheitliche Befürwortung durch die Anwohner erfahren, lediglich der Erneuerung des Schmutz- und Trinkwassersystem werde zugestimmt. Die letztendliche Entscheidung obliege nun dem Stadtrat.

**Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, beschrieb als wichtigste Aspekte des vergangenen Verfahrens die Ausgangssituation der ersten Planung in einem Volumen von 800 T€, die Anwendung der Erschließungssatzung mit einer 90 %-igen Beteiligung der Anwohner, die Arbeit der Bürgerinitiative mit dem Ziel die Kosten zu reduzieren und die gemeinsame und für die Verwaltung kostenneutrale Erarbeitung einer Alternative durch die Bürgerinitiative und das Tiefbauamt. Neben der Überarbeitung der Erschließungsbeitragssatzung zur Reduzierung der finanziellen Belastung der Eckgrundstücke sei man im Ergebnis zu einer Reduzierung der Kosten um 45 %, mit entsprechender Reduzierung der Beitragslast für die Anwohner, gelangt. Mit der Umsetzung des Vorhabens sei die Oberflächenwasserproblematik in der Hagenbreite zu lösen. Den bisherigen Prozess bezeichnete Herr Schönemann aufgrund der Zusammenarbeit von Verwaltung und Bürgerschaft als einmalig.

Auf Nachfrage von **Herrn Dr. Neubert, Fraktion der FDP**, ob durch die befürwortete Erneuerung der Schmutz- und Trinkwasserleitungen eine akzeptable Lösung erreicht werde, erklärte **Herr Pfefferkorn**, dass die Probleme der unbefestigten Straßen und die Verbringung des Oberflächenwassers dann nicht gelöst seien.

Aufgrund des Votums der Bürger sollte man auch auf die Erneuerung der Beleuchtung verzichten und eventuell im Rahmen der Baumaßnahmen Leerrohre verlegen, so **Herr Schönemann**. Hierzu erläuterte **Herr Unger, Tiefbauamt**, dass die jetzige Beleuchtung an alten Masten befestigt sei, die teilweise in den Bereichen stünden, die für Versickerungsanlagen vorgesehen seien. Das hieße, wenn keine Erneuerung erfolge, müsse man auf die Beleuchtung verzichten.

Aufgrund des ablehnenden Votums der Bürger hinterfragte **Herr Dreibrodt, Fraktion der SPD**, warum seitens der Verwaltung mit der vorgelegten Beschlussvorlage deren Meinung missachtet wurde.

Aufgrund des Erschließungsrechts handele es sich hier nicht um ein Votum vergleichbar mit dem Ausbaurecht sondern um eine Meinungsäußerung der Bürger, so **Herr Pfefferkorn**. Man habe entsprechend des Auftrags des Bauausschusses eine kostengünstigere Lösung erarbeitet. Weitergehend verwies Herr Pfefferkorn auf die im Jahr 2011 angefallenen Kosten für die Einsätze der Feuerwehr mit einem Umfang von 2.700 € sowie für den laufenden Unterhalt zur Profilierung der Straßen in Höhe von 3.300 €. Diese Unterhaltsleistungen seien auch in den Folgejahren zu erbringen, wenn keine Umsetzung der Erschließungsmaßnahmen erfolge.

Nachdem der **Antrag** von **Frau Grabner, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, zur Erteilung des Rederechts für die anwesenden Vertreter der Anlieger einstimmig befürwortet wurde, richtete **Herr Schönemann** die Frage an die Bürgerinitiative, warum nach einem Mandat von 80 % der Anwohner zur Erarbeitung einer Alternativvariante zwischenzeitlich ein Abkehr von dieser Meinung erfolgte.

**Herr Bienert, Vertreter der Bürgerinitiative Hagenbreite**, begründete dies in der unterschiedlichen Betroffenheit der Bürger. Ursprünglich votierten 85 % der Anwohner für die Erschließungsmaßnahme unter der Bedingung der Kostenreduzierung. Beachtenswert sei, dass die Beitragshöhe von maximal 27 T€ auf 11 T€ gesenkt werden konnte. Für die Straßenbeleuchtung könne man in der Detailplanung einen Kompromiss finden. Er sprach sich für die Beschlussfassung aus.

Nachdem weitere Bürger Pro- und Contra-Argumente zum Bauvorhaben äußerten, stellte **Frau Skrajewski, Vertreterin der Bürgerinitiative Hagenbreite**, den Prozess aus ihrer Sicht dar und äußerte Kritik an der vorgelegten Beschlussvorlage und den angefallenen Planungskosten. Als Fazit beschrieb sie, dass die Mehrheit der Bürger keine Verbesserung der Straßenverhältnisse zu diesen Kosten will. Dieses demokratische Votum sei zu beachten.

Durch **Frau Flegel, Vertreterin der Bürgerinitiative Hagenbreite**, wurde zum benannten ursprüngliche Beitragssatz erläutert, dass der auf einem Rechenfehler beruhe und auf 22 T€ zu korrigieren sei. Mit der neuen Lösung sei dieser Satz auf 11 T€ reduziert worden. Dass aus der Zustimmung der Anwohner mittlerweile eine mehrheitliche Ablehnung wurde, begründete sie mit der unterschiedlichen Betroffenheit hinsichtlich der Beitragssätze bezogen auf die Grundstücksgröße.

Auf die Frage, ob eine andere Lösung möglich sei, verwies **Herr Unger** auf die nunmehr vorliegende Lösung als preiswerteste Variante mit der man sich auf den kleinsten gemeinsamen Nenner geeinigt habe. Seine Erläuterungen zur Abschnittsbildung für die Beitragsberechnung wurden durch **Herrn Schmieder, Leiter des Bauverwaltungsamtes**, ergänzt, der darüber hinaus auf die Erschließung als Pflichtaufgabe der Gemeinde verwies.

Nach weiteren Wortmeldungen der betroffenen Bürger äußerte **Frau Grabner** Verständnis für beide Argumentationen. Trotzdem sei das Votum der Bürger zu beachten.

Seitens **Herrn Trocha, Fraktion der CDU**, wurde auf die möglichen Billigkeitsregelungen entsprechend der Satzungsregelungen hingewiesen.

Dass die Regelung zur Beteiligung der Bürger mit anschließender Entscheidung des Stadtrats ungünstiger sei als die Vorgehensweise, die man früher in Roßlau gewählt habe, erklärte **Herr Dreibrod**.

Beide Argumentationen seien einleuchtend, so **Herr Kleinschmidt, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**. Jedoch könne der Zustand der Straße nicht belassen werden. Ein Verzicht zur Umsetzung des Vorhabens sei als bedenklich zu bezeichnen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgten, stellte **Herr Schönemann** die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

#### **Abstimmungsergebnis:**

**4 : 2 : 2**

Der Beschlussvorschlag wurde ungeändert mehrheitlich bestätigt.

#### **4. Rundgang und Informationen zum erfolgten Umbau und der Erweiterung der ehemaligen Grundschule Dessau-Kleinkühnau zur Kita Pusteblume**

Während des Rundgang durch die Kindertagesstätte Pusteblume wurden durch **Frau Rach, Betriebsleiterin des Eigenbetriebs DeKita**, **Frau Fiedler, Leiterin der Kindertagesstätte**

**Pustebblume**, und **Herrn Bekierz**, **Leiter des Amtes für zentrales Gebäudemanagement**, Erläuterungen zur Einrichtung und dem Bauvorhaben gegeben.

## **5. Genehmigung der Niederschriften des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**

### **5.1. Genehmigung der Niederschrift vom 06.09.2011**

Zum Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt vom 06.09.2011 wurden keine Änderungen oder Ergänzungen vorgebracht.

**Herr Schönemann**, **Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt** stellte die die Niederschrift zur Abstimmung.

#### **Abstimmungsergebnis:**

**4 : 0 : 2**

Das Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt vom 06.09.2011 wurde ungeändert bestätigt.

### **5.2. Genehmigung der Niederschrift vom 06.10.2011**

Zum Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt vom 06.10.2011 wurden keine Änderungen oder Ergänzungen vorgebracht.

**Herr Schönemann**, **Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt** stellte die die Niederschrift zur Abstimmung.

#### **Abstimmungsergebnis:**

**3 : 0 : 3**

Das Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt vom 06.10.2011 wurde ungeändert bestätigt.

## **6. Öffentliche Informationsvorlagen**

### **6.1. Information "Hochwassersicherer Ausbau der Südstraße" Vorlage: DR/IV/055/2011/VI-66**

Einführend verwies **Herr Pfefferkorn**, **Leiter des Tiefbauamts**, auf die Aufgabenstellung aus dem Hochwasser- und dem Bauausschuss, zur Errichtung einer Spundwand mit aufgesetztem Kopfbalken zur Sicherung der Südstraße auf dem Niveau eines  $H_Q$  100. An dieser Stelle informiere man zur Ausführung des Radwegs neben dem Kopfbalken im Bereich der derzeitigen Straßenführung. Die Geschwindigkeitsbegrenzung auf der Straße bleibe dabei unberührt.

Zu den Bedenken von **Herrn Gebhardt**, **Fraktion der CDU**, wegen des Einflusses der Sogwirkung vorbeifahrender LKWs beispielsweise auf die, den Radweg nutzenden Kinder, wurde

durch **Herrn Pfefferkorn** erklärt, dass der Radweg nicht auf straßengleichem Niveau geführt werde sondern wie auf der gegenüberliegenden Seiten mit Bordkante ausgeführt werde.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

Die Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

## 7. Öffentliche Beschlussfassungen

### 7.1. Befreiung von der Festsetzung: Private Grünfläche mit der Zweckbestimmung "Grünanlage" im B-Plan Nr. 121 F2 "Am Schäferberg" für die Errichtung von vier Caravan-Stellplätzen. Vorlage: DR/BV/371/2011/VI-61

**Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege**, erläuterte, dass die zur Diskussion stehende Fläche nicht als Ausgleichsfläche ausgewiesen sei.

Rückfragen wurden nicht geäußert.

#### Abstimmungsergebnis:

7 : 0 : 0

Der Beschlussvorschlag wurde ungeändert, einstimmig bestätigt.

### 7.2. Rückgabe von Fördermitteln Soziale Stadt (Wiedervorlage nach Verweisung in der Sitzung des Stadtrates vom 26.10.2011) Vorlage: DR/BV/324/2011/VI-61

Auf Nachfrage von **Frau Grabner, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, zur bereits in den Vorjahren erfolgten Mitteleinstellung in den Haushalt für das Rathaus erläuterte **Herr Bekierz, Leiter des Amtes für zentrales Gebäudemanagement**, dass als erste Leistungen die Vorplanungen vor Einbringung eines Maßnahmebeschlusses vorzufinanzieren seien. Er informierte zum baulichen Zustand des Rathausdaches und dem dringenden Handlungsbedarf zur Reparatur des Dachtragwerks, der Erneuerung der Eindeckung und den Leistungen zur Sicherung der brandschutztechnischen Anforderungen. Eine in Auftrag gegebene Studie habe im Ergebnis einen Gesamtaufwand von 4,8 Mio. € ausgewiesen, nach Prioritätensetzung wurden Teilmaßnahmen zur schrittweisen Sanierung des Rathauses gebildet. Aufgrund der Schäden am Rathausdach seien jährlich hohe Kosten für Reparaturleistungen aufzuwenden, so dass die Dachsanierung absolute Dringlichkeit habe.

Nachdem Fördermittel für das Vorhaben bislang nicht bewilligt worden, habe mit dem Bauministerium eine Abstimmung stattgefunden, die im Ergebnis die Absicht zur Berücksichtigung des Vorhabens bei Rückgabe anderer Fördermittel beinhaltete.

Die Maßnahmen, die im Programm Soziale Stadt beschlossen wurden, werden umgesetzt, teilweise unter Anwendung alternativer Förderprogramm mit besseren Förderquoten.

**Frau Grabner** beschrieb den Fokus des Programms Soziale Stadt auf die Lösung von Problemen in den sozialen Brennpunktgebieten. Hier gebe es Handlungsbedarf. Da die Stadt für die

Folgejahre keine Mittel beantragt habe, hieße das, sich von dem Programm Soziale Stadt zu verabschieden.

Sollten projektspezifische Anträge in der geforderten Qualität vorliegen, so **Herr Meister, Leiter des Bauordnungsamts**, sei für die folgenden Programmjahre eine Antragstellung möglich. Eine Abkehr vom Programm Soziale Stadt sei mit der Beschlussfassung nicht verbunden.

**Herr Bekierz** verwies auf die Prioritätenliste der Vorhaben in der Betreuung des Dezernats VI, die der Politik die Möglichkeit gebe, mit entsprechenden Mehrheiten die Prioritätensetzung neu zu ordnen. Abschließend verglich er die Dachsanierung mit der derzeit laufenden Deckensanierung im Rathaus, die vollständig durch den Einsatz von Eigenmitteln umzusetzen sei. Dies könnte auch für die Maßnahmen am Dach drohen, falls es nicht gelinge, Fördermittel einzuwerben.

Weitere Rückfragen wurden nicht geäußert.

#### **Abstimmungsergebnis:**

**7 : 0 : 0**

Der Beschlussvorschlag wurde ungeändert, einstimmig bestätigt.

### **7.3. Definitionen für barrierefreies Wohnen und Wohnen im Alter in der Stadt Dessau-Roßlau Vorlage: DR/BV/408/2011/V-50**

**Herr Dr. Neubert, Fraktion der FDP**, äußerte sein Erstaunen über die vagen Formulierungen in der Vorlage.

Da eine unterschiedliche Verwendung der Begrifflichkeiten erfolge, so **Herr Meister, Leiter des Bauordnungsamts**, sei hierfür eine verbindliche Regelung der Definitionen vorgesehen.

Dass man angehalten sei, den Prozess zu steuern, merkte **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, an. Angebot und Nachfrage seien vor der Entscheidung der Errichtung weiterer Einrichtungen im Seniorenbereich zu prüfen.

Weitere Rückfragen wurden nicht geäußert.

#### **Abstimmungsergebnis:**

**7 : 0 : 0**

Der Beschlussvorschlag wurde ungeändert, einstimmig bestätigt.

## **8. Öffentliche Anfragen und Informationen**

Als negative Botschaft sei zu überbringen, so **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, dass das Land die Entscheidung gefällt habe, keine Kofinanzierung der Bundesfördermittel für die Vorhaben des UNESCO-Welterbeprogramms 2010 vorzunehmen. Damit bewahrheiten sich die Vorahnungen die Herr Hantusch bereits in der Sondersitzung am 07.11.11 geäußert hatte.

Herr Schönemann äußerte Bedenken hinsichtlich der Variante, das Besucherzentrum in das Bauhaus zu integrieren. An dieser Stelle sollte man die Erfahrungen, die man im Prozess der Planungen für die Meisterhäuser gemacht habe, beachten. Damals wurde durch die Herauslösung von Nutzungen der Weg für eine vorzeigbare Lösung geebnet.

Weitere Anfragen oder Informationen wurden nicht geäußert, so dass **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, den öffentlichen Teil der Sitzung um 20:05 Uhr schloss.

Anschließend wurde Nichtöffentlichkeit hergestellt.

## Öffentliche Tagesordnungspunkte

### 10. Schließung der Sitzung

Die Sitzung wurde durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, um 20:20 Uhr geschlossen.

Dessau-Roßlau, 29.11.11

---

Ralf Schönemann  
Vorsitzender  
Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt

i. A. Reinsdorf  
Schriftführer

Anlage:

. Anwesenheitsliste